St. Peters Bote

Herausgegeben von den Benediktinern der St. Peters-Abtei zu Münster, Saskatchewan, Canada.

Preis für Canada $2.00 das Jahr; für die Ver. Staaten und das Ausland $2.50. Das Abonnement ist vorauszubezahlen.

Anzeigen, Korrespondenzen usw., sollen spätestens am Montag eintreffen. Adresse: St. Peter's Bote, Muenster, Sask., Canada.

Wochenrundschau

Kanada

Die Mitwirkung der Eisenbahngesellschaften an der Nothilfe

Die beiden großen Eisenbahngesellschaften haben sich entschlossen, die Lebensmittel, welche aus den nördlichen Teilen von Saskatchewan und Alberta für die notleidenden südlichen Gebiete gespendet werden, kostenlos zu transportieren. Es können aber auch aus anderen Teilen Canadas Lebensmittel frachtfrei in die Dürrgebiete befördert werden.

Zu Kanadas Wirtschaftslage

K. N. Wilson, der Chefredakteur der „Financial Post" äußerte sich dahingehend, daß es für uns schwer, wenn nicht unmöglich sein dürfte, einen wirtschaftlichen Aufstieg zu erleben, wenn nicht eine Inflation das Land erreicht. Bevor eine wirtschaftliche Stabilisierung zu erwarten sei, müsse eines von zwei Dingen sich ereignen: Entweder die Preise der landwirtschaftlichen Produkte müssen scharf ansteigen, so wie im Jahre 1923, oder die Preise der Manufakturwaren und der Dienstleistungen müßten herabsinken, um dem jetzigen Stand der Dinge zu entsprechen.

Beaudry Leman, der Präsident der kanadischen Bankenvereinigung, hielt im kanadischen Club in Hamilton, Ont., eine Rede, und äußerte sich, daß Kanada einen starken Bevölkerungszuwachs brauche. Das Land habe sich weit über die Bevölkerungszahl hinaus entwickelt und besitze in den Eisenbahnen, Kanalanlagen, Bergwerken, Wasserkräften, sowie im Umfange seiner Lebensmittelproduktion die Basis für eine viel größere Bevölkerung. Wir könnten bedeutend mehr Menschen ernähren und bekleiden, als in Kanada gegenwärtig leben. Erst mit dem Anwachsen der Bevölkerung könne sich das Land voll entfalten.

Protest gegen das Dumping der englischen Waren

Die Handelsbörsenmitglieder in Vancouver B. C. protestieren energisch gegen das Vorgehen der Regierung, welche die großbritannischen Waren mit Dumping belegen. Sie verlangen die schleunigste Wiederherstellung des bevorzugten Tarifs für englische Waren.

Von dem verunglückten Flugzeug der „Bremen"

Nunmehr wurde die Leiche von Fritz Simon, dem Piloten des Postflugzeuges des Dampfers Bremen, das kürzlich in der Cobequid Bay abgestürzt war, aufgefunden. Den Fund machte Leutnant Louis Leigh, der den Mann im Wasser treibend sah. Leigh war seit einer Woche in der Bay auf der Suche nach dem abgestürzten Flugzeug. Simon trieb aufrecht im Wasser, da er von seinem Rettungsgürtel gehalten wurde. In seiner Hand hielt er ein Monokel. Aus einer Wunde am Kopfe floß immer noch Blut. Simon und Rudolph Wagenknecht waren dabei gewesen, Post von dem Dampfer Bremen im Ozean nach New York zu bringen, als sie verunglückten.

Die Chinesen in Kanada in Erwartung eines Krieges

Aus Victoria B. C., wird gemeldet, daß die Führer der dortigen Chinesen Kolonie mitteilen, daß sich eine nationale Gruppe zusammengefunden habe, welche ein Infanteriebattalion für den Kriegsfall in der Mandschurei bereitstelle und Geld sammle, um ein Fliegercorps zu schaffen.

Mittlerweile hat die Regierung die chinesischen Führer wissen lassen, daß die Aufstellung eines solchen Korps gegen die kanadischen Gesetze verstoße.

Brasilien

Ein Moratorium für Auslandsschulden

Präsident Getulio Vargas unterzeichnete ein Dekret, worin er ein 60 tägiges Moratorium über alle Auslandszahlungen geschäftlicher u. privater Art in Brasilien verhängte. Das Dekret bestimmte indessen ausdrücklich, daß die für diese Zahlungen bestimmten Deckungen in brasilianischer Währung bei der Banco do Brasil und anderen Banken zu hinterlegen seien.

Der chinesisch-japanische Konflikt

Allgemeine Besorgnisse wegen der Lage

Die Entwicklungen in der Mandschurei machen sich zu einer für Amerika und die europäischen Mächte ungünstigen Zeit bemerkbar. Diese Mächte sind zurzeit mit ihren eigenen innerpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten vollauf beschäftigt, und müssen außerdem die Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres treffen. Dazu kommt, daß die Vereinigten Staaten sich auf den bevorstehenden Besuch des Ministerpräsidenten Laval von Frankreich und Grandi von Italien rüsten muß und das Staatsdepartment daher mit Arbeiten überhäuft ist.

Beamte des Staatsdepartments in den Ver. Staaten sind der Ansicht, daß ein Krieg im fernen Osten ein Unglück für die Welt sein werde, besonders zu einer Zeit wie der gegenwärtigen, da das ganze Wirtschaftsleben der Welt schon vorher außer Ordnung ist und die Menschheit sich im Banne der schlimmsten Depression der Geschichte befindet.

Der gegenwärtige Stand der Dinge

Ausländische Militärattaches in Peking brachten in Erfahrung, daß chinesische Truppen gegenwärtig aus dem Jangtsetal nach Norden transportiert werden, wahrscheinlich in Erwartung einer Verschärfung des Konfliktes mit Japan.

Japan wendet sich noch immer gegen eine „Intervention". Die Regierung nimmt an, daß der Völkerbundsrat ihre Absichten zu einer friedlichen Beilegung der Sachlage anerkennen werde. Japanische Kriegsschiffe sind zum Abdampfen nach China bereit.

Das Staatssekretariat in Washington versprach dem Völkerbund seine Unterstützung bei Schritten, die der Verhinderung von Krieg dienen sollen.

Der Völkerbundsrat trat in Genf zusammen, ohne daß jedoch der amerikanische Generalkonsul Prentiß Gilbert als „Beobachter" zugegen war.

Die Meldung aus Tokio vom 15. Oktober, welche besagt, daß die japanische Regierung ihre Delegaten in Genf beauftragt habe, streng darauf zu sehen, daß kein Vertreter der Ver. Staaten zu den Verhandlungen über die Mandschureifrage zugezogen werde, erklärte diesen Umstand und dürfte für Uncle Sam eine bittere Pille sein. Formell sind die Japaner zweifellos im Recht, da die Ver. Staaten kein Mitglied des Völkerbundes sind.

Der Konflikt — ein Prüfstein für den Völkerbund

Hiesige Kreise sind der Ansicht, daß die Sachlage im Osten einen Prüfstein ersten Ranges für die Friedensmaschine, die nach dem Kriege aufgebaut wurde, darstellt. Die Lage ist insofern einzigartig, als der Völkerbund in seinen Bestrebungen mit der vollen Unterstützung der Regierung der Ver. Staaten rechnen darf, die ebenso ihren Einfluß in die Wagschale wirft, um die Streitigkeiten zwischen Japan und China beizulegen. Die Lage wird hier als sehr ernst betrachtet, besonders auch deshalb, weil man die russischen Absichten nicht kennt.

Moskau kritisiert

Die Zeitung „Pravda" schrieb, Washington sei alarmiert durch die Gefahr eines Einbruches der Japaner in China und auf der Hut, um „seine Vorrechte zur Beraubung Chinas" zu wahren, indem es versuche, den Völkerbund zum ersten Schritt in dieser Richtung zu bewegen.

—:o:—

Deutsches Reich

Die Zahl der Arbeitslosen

Der Stand der Arbeitslosen im Deutschen Reich betrug am 15. September 4 324 000 gegen 4 215 000 am 30. August.

Die Hamburger Wahlen

Die Hamburger Bürgerschaftswahlen haben den radikalen Parteien großen Zuwachs gebracht. So errangen die Nationalsozialisten 13 Mandate, während sie bisher 3 innehatten.

Große nationalistische Demonstration

Die nationalsozialistische und die deutschnationale Partei Deutschlands, die sogenannte nationale Opposition, verlangen eine unverzügliche Auflösung des Reichstages und sofortige Neuwahlen. Diese Entschließung wurde am Schluß einer gewaltigen Demonstration, am 12. Oktober in Harzburg (Braunschweig), gefaßt. Tausende von „Braunhemden", und feldgrauer „Stahlhelmer", verwandelten die sonst so ruhige Ahmosphäre des hiesigen Harzstädtchens in ein geschäftiges Heerlager mit sehr kriegerischen Anstrich. Sie alle paradierten an Adolph Hitler, dem Führer der Faschisten, an Alfred Hugenberg, dem Führer der Deutschnationalen, und an Hjalmar Schacht, dem früheren Präsidenten der deutschen Reichsbank, vorüber, und zollten jauchzenden Beifall, als ein Redner nach dem anderen sich gegen das Brüning - Regime wandte und verlangte, daß das ganze demokratische Syemstem Deutschlands samt den Friedensverträgen auf den Kehrichthaufen geworfen werde. Auch verlangten die versammelten Scharen stürmisch nach Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiete des Bewaffnungswesens.

Die Wiedereröffnung des Deutschen Reichstages

Der deutsche Reichstag trat am 13. Oktober zu seiner ersten Hauptsitzung zusammen. Das Gebäude war durch Polizei stark bewacht, um Demonstrationen unmöglich zu machen. Dem Reichstag obliegt hauptsächlich die Aufgabe, dem Ministerium Brüning einen Vertrauensantrag zu gewähren, damit der Reichskanzler auch weiterhin seine „Regierung durch Notverordnungen" fortsetzen kann.

Die sogenannte „nationale Opposition", die für einen Sturz der Regierung und für Neuwahlen eintritt, war zu Beginn der Sitzung nicht anwesend. Dagegen hatte sich das gesamte Kabinett, feierlich in Gehröcke gekleidet, auf den Regierungsbänken niedergelassen. Brüning sah bleich und energisch aus. Sofort nach Eröffnung der Sitzung verlangte der Kommunist Ernst Torgler, daß die Polizeimacht um das Reichstagsgebäude abberufen werde. Wilhelm Gröner, der die beiden Aemter des Reichswehr- und des Innenministers in seiner Person vereinigt und eine wichtige Persönlichkeit ist, da ihm nicht nur die Armee, sondern auch das Polizeiwesen untersteht, saß jedoch unberührt und ruhig auf seinem Platze.

Brüning verlas die Prinzipien, denen das Kabinett in Zukunft zu folgen gedenkt.

„Graf Zeppelin" wieder auf der Reise nach Brasilien

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" verließ am 17. Oktober Friedrichshafen mit 17 Passagieren an Bord zu seiner dritten Reise nach Brasilien in diesem Jahre.

—:o:—

England

Von der britischen Flotte

Die atlantische Flotte der britischen Marine hat Befehl erhalten, in See zu stechen und die Kreuzfahrt, die wegen der Unruhen infolge von Kürzung der Löhnungen abgesagt war, wieder aufzunehmen. Die Flotte wird in schottische Gewässer zurückkehren. Die Mannschaften an Bord scheinen mit den Löhnungszugeständnissen, die am letzten Samstag von der Admiralität bewilligt wurden, zufrieden zu sein.

Energische Schritte werden getan, um kommunistische Agitatoren aufzugreifen, die versucht haben sollen, Unruhen unter den Seeleuten der Flotte anzustiften. Zwei angebliche Kommunisten befinden sich in Portsmouth in Haft, unter Beschuldigung der Aufreizung von Matrosen zur Meuterei.

Pläne zur Verteilung des Goldes

Nach Ansicht finanzieller Kreise in London werden die Ver. Staaten gezwungen werden, infolge des Verlustes an Außenhandel unverzüglich Schritte zu einer besseren Verteilung des Goldbestandes der Welt zu unternehmen. Diese Ansicht gründet sich darauf, daß immer mehr Länder den Goldstandard aufgeben. Man glaubt, daß Holland und Italien ebenfalls in den nächsten Tagen den Goldstandard aufgeben werden. Wenn diese Erwartung zur Tatsache würde, wären die Ver. Staaten, Frankerich, Deutschland, Kanada, Australien und die Schweiz die einzigen finanziell wichtigen Länder, die den Goldstandard beibehielten.

Man spricht von einer angeblich beabsichtigten Verteilung von Gold durch die Ver. Staaten auf dem Umweg über die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel. Wenn die Ver. Staaten einen beträchlichen Goldschatz in dieser Bank unterbringen würden, könnte eine zentrale Kontrolle aufrechterhalten werden. In einem solchen Falle würde es sich um eine „Weltgoldfirma" handeln, an welcher die Ver. Staaten den größten Aktienanteil hätten.

—:o:—

Mexiko

Calles taucht wieder am politischen Horizont auf

Der frühere Präsident Plutarco Elias Calles unseligen Angedenkens, trat am 15. Oktober als Kriegsminister in das merikanische Kabinett ein und beginnt somit neuerdings seine politische Tätigkeit.

—:o:—

Oesterreich

Wiederwahl des Bundespräsidenten

Der christlichsoziale Wilhelm Miklas wurde neuerdings zum Bundespräsidenten gewählt. Um es billiger zu machen, wurde die Verfassung abgeändert, nach welcher die Wahl durch das Volk zu erfolgen hätte und das Staatsoberhaupt nach der alten Methode durch Parlament und Bundesrat gewählt.

Die österreichischen Finanzen und ihr Minister

Der österreichische Finanzminister Prof. Reblich hat resigniert und bezieht wieder seine Lehrkanzel als Professor an der Howard - Universität in Amerika. Dies scheint ihm mehr zu behagen, als der Posten eines österreichischen Finanzministers, der schon immer sorgenvoll gewesen ist. Zur Sanierung der österreichischen Finanzen wurde der Zwergrepublik wieder ein ausländischer Kontrollkommissär gestellt, der Ordnung schaffen soll.

Oesterreichs Staatsbudget, das seit der Genfer Sanierung im Herbste 1922 aktiv war, weist heuer ein Defizit von rund 300 Millionen Schilling aus. Infolge der großen Steuerrückgänge, die in der allgemeinen Krisenzeit ihre Begründung finden, bleiben die Einnahmen des Staates hinter den Erwartungen zurück und das erste Halbjahr schloß bereits mit einem Defizit von 150 Millionen Schilling. Die österreichische Regierung hat bereits ein neuerliches Sparprogramm ausgearbeitet, das sie in allerkürzester Zeit dem Parlamente vorlegen wird. Es müssen Summen von rund 350 Millionen Schilling im Staathaushalte erspart werden.

Derzeit benötigt Oesterreich dringendst Kredite um leben zu können.

Die Regierung gab einen Erlaß heraus, worin von allen Banken, Geschäftsleuten und Privatpersonen verlangt wird, daß sie ihren Devisenbesitz angeben, und bekannt gemacht wird, daß diese zu Kursen, die von der Nationalbank festgesetzt werden, auf Ersuchen abzuliefern seien. Uebertretungen des Erlasses werden mit schweren Geldstrafen geahndet. Aller Privathandel mit Devisen wird verboten und eine Sperre auf die Ausfuhr von Schillingen gelegt.

—:o:—

Spanien

Amtsantritt des neuen Präsidenten

Präsident Manuel Azuna übernahm am 15. Oktober von dem zurückgetretenen Alcala Zamora das Amt des Oberhauptes der neuen Republik.

Trennung von Kirche und Staat

In Madrid wurde am 13. Oktober die Trennung von Kirche und Staat durch den verfassungsgebenden Nationalrat mit 277 zu 41 Stimmen gutgeheißen.

Die Debatte über die Trennung endigte mit ernstlichen Krawallen. Als die Nationalversammlung zur Abstimmung über den Artikel 24 der neuen Konstitution schritt, durch welchen die Jesuiten gezwungen werden sollen, das Land zu verlassen, und welcher außerdem die Beschlagnahme ihrer Besitztümer vorsieht, erhoben sich die Deputierten der baskischen Provinzen und Navarras plötzlich und riefen: „Lang lebe Christus, der König." Die Sozialisten opponierten jedoch den baskischen Delegaten. Sigfrido Blasco, der Sohn des verstorbenen Schriftstellers Blasco Ibanez, erhielt dabei verschiedene Schläge auf den Schädel. Schließlich verließen die Basken jedoch den Saal durch eine Hintertüre, wobei sie von einer feindseligen Menschenmenge ausgepfiffen wurden. Der Artikel selbst wurde mit einem Stimmenverhältnis von 178 zu 59 angenommen. Verschiedene Mitglieder des Kabinetts, darunter auch Präsident Alcala Zamora selbst, waren gegen den Artikel.

Protest des Vatikans

Der Vatikan erließ eine energische Protestnote gegen die Entscheidungen in Spanien, die eine strikte Trennung des Staates von der Kirche vorsehen. Wie verlautet, soll die Note sofort nach Madrid weitergeleitet werden.

—:o:—

Ver. Staaten

Erhöhung der Bahntransportgebühren

Die zwischenstaatliche Handelskommission hat über ein Gesuch der Bahnen auf Bewilligung einer 15-prozentigen Frachterhöhung zu entscheiden. Diese Entscheidung ist deshalb von Wichtigkeit, weil die Rentabilität der Bahnen in Frage steht. Außerdem befürchtet man im Falle eines abschlägigen Bescheides ein Sinken des Kurses der Eisenbahnpapiere.

Ein Automobil mit Preßluftantrieb

In Los Angeles führte am 13. Oktober ein Erfinder ein Auto vor, welches mit Preßluft betrieben wird. Roy J. Meyers, der Erfinder, legte 100 Meilen mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 35 Meilen per Stunde zurück, betonte aber, daß er auch größere Geschwindigkeiten erzielen könne. Der Wagen weist keine Zahnräder auf, sondern wird durch Oeffnen und Schließen eines Ventils betrieben.

Die Gouverneurs - Komödie in Louisiana

Im Staate Louisiana spielen sich gegenwärtig außergewöhnliche Dinge ab, indem hintereinander drei

(Fortsetzung auf Seite 8)

Wenn Sie durch die Post kaufen

oder wenn Sie aus einem anderen Grunde veranlasst sind, Geld per Post zu versenden, holen Sie sich bei der Bank die Zahlungsanweisung.

Es gibt keinen bequemeren, billigeren und sichereren Weg um Geld zu versenden.

Zahlungsanweisungen sind ohne Verzug oder Formalitaeten bei jeder Filiale der Bank of Montreal erhaeltlich.

BANK OF MONTREAL

GEGRUENDET 1817

Gesamtguthaben in der Hoehe von $750 000 000

St. Benedict Branch: J. F. GRANT, Manager
Lake Lenore Branch: G. C. CAMPBELL, Manager
Meacham Branch: W. FAIRBAIRN, Manager